

Bezugsabonnements und Einzelheftepreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

2. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtniszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 202-207.

## Dryander denunziert Luther!

### Ein deutschnationales Intrigenpiel: Sie wollen Kütz stürzen, darum denunzieren sie

In der Dienstagssitzung des Reichshaushaltsausschusses ergriß der Deutschnationale Abg. v. Dryander namens seiner Partei noch einmal das Wort, um auf das schärfste gegen die Richtlinien zur Beamtenpolitik des Reichsinnenministers Stellung zu nehmen. Insbesondere bekämpfte er die Forderung, „daß der Beamte die republikanische Staatsform bejahen sollte“. Die Überzeugung, daß die Monarchie die einzige für Deutschland geeignete Staatsform sei, wache im deutschen Volke mehr und mehr.

Er wisse, daß diese Überzeugung auch von der Mehrheit der Kabinettsmitglieder, insbesondere auch von dem Reichskanzler Dr. Luther geteilt werde.

Beamte, die früher monarchistisch gewesen wären und jetzt sich republikanisch gäben, hätten einen Anzug weg. Als Gegengewicht gegen das parlamentarische System sei ein vollkommen unabhängiges Beamtentum unerlässlich. Er frage den Minister, was wahres an den Gerüchten sei, daß er beabsichtige, den Reichstag aufzulösen und dann auf Grund des § 48 der Verfassung ein neues Wahlrecht zu oktroyieren.

Inzwischen war vom Genossen Sollmann folgende Resolution eingelaufen:

„Der Reichskanzler wird ersucht, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die verfassungswidrigen Hemmnisse zu beseitigen, die in den verschiedensten Teilen des Reiches von amtlichen Stellen gegen das Volksbegehren unternommen werden.“

Genosse Sollmann begründete die Resolution und erklärte dann, der Abg. v. Dryander habe gegen den Reichskanzler und die Mehrheit der Kabinettsmitglieder die unerhörte Anschuldigung erhoben, daß sie, die die Hüter der Republik zu sein hätten, die monarchistische Staatsform als die für Deutschland einzig geeignete ansehen. Er fordere den Abg. v. Dryander auf, bekanntzugeben, auf welche Unterlagen er diese Behauptung stützen könne.

Sichtlich verlegen versuchte der Abg. v. Dryander sich mit dem einen Satz herauszureden, er stütze seine Behauptungen auf das Programm der Deutschen Volkspartei.

Mit seiner heutigen Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags hat Herr Dryander den Versuch unternommen, die Regierung zu stürzen. Er hat zu diesem Zweck

das schäbigste aller Mittel gewählt: das der Denunziation. Er weiß und muß wissen, daß die Regierung den Boden unter den Füßen verliert, wenn geglaubt wird, ihre Wehrheit und ihr Führer, der Reichskanzler Dr. Luther, erstrebten den Sturz der bestehenden Verfassung und bereiteten einen Staatsstreich vor. Zu welchem Zweck bringt wohl Herr Dryander solche angebliche Befinnungen und Pläne in die Öffentlichkeit? Etwa, weil er sie bekämpfen will? Das gerade Gegenteil ist doch der Fall. Herr Dryander begrüßt es, wenn ein Minister Monarchist ist, und er will den Staatsstreich nicht verhindern, sondern vielmehr ihn herbeiführen.

Darum stehen wir nicht an zu erklären, daß Herr Dryander nach unserer Überzeugung ein politisches Betrugsmanöver aufgeführt hat. Daß der Reichskanzler und mit ihm einige andere Mitglieder des Kabinetts in der Frage der Staatsform indifferent sind, weiß jedermann. Sie nehmen die Republik als das Gegebene. Sie für eine Staatsform oder für eine politische Idee zu begeistern, entspricht wohl der ganzen Art des Herrn Dr. Luther durchaus nicht. Ihn und manche andere Mitglieder des Kabinetts als „zuverlässige Republikaner“ zu betrachten, ist uns niemals eingefallen. Auf der anderen Seite besteht kein Grund, Herrn Luther und seine Kollegen für Schurken zu halten, die drauf und dran sind, ihren Eid zu brechen.

Warum hat denn Herr Dryander seinen Vorstoß unternommen? Er ist ausgelöst worden durch die gestrige Rede des Reichsinnenministers Dr. Kütz, in der von den Beamten Treus zur Republik verlangt wurde. Herr Dryander will die Regierung stürzen, weil sie ihm immer noch zu republikanisch ist, darum denunziert er sie als monarchistisch. Ein sauberes Brüderchen und ein sauberer Plan!

Herr Dryander hat sich für seine Denunziation einen Tag ausgelacht, an dem der Hauptbeschuldigte, der Reichskanzler Dr. Luther, nicht in Berlin ist. Er weiß heute in Hamburg, wo er eine Rede über auswärtige Politik halten will. An Herrn Luther wird es liegen, die gespannte Situation, die durch die Intrigenrede des Herrn Dryander entstanden ist, entweder durch eine klare Antwort zu entspannen oder — sie durch Schweiß zu verschärfen.

Was Herrn Dryanders Bemerkung betrifft, der monarchische Gedanke sei im Volke im Wachsen, so ist wenig oder nichts zu ihr zu sagen. Sie ist einer der besten Witze, die seit langer Zeit gemacht worden sind.

## Im befreiten Köln.

### Eine Stresemann-Rede mit Begleitmusik.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Befreiung der Kölner Zone ist ein großer deutscher Erfolg, an dem vor zwei Jahren viele von denen nicht zu glauben vermochten, die jetzt am lautesten als Befreier sich feiern. Sie waren zu Tode betrübt, als Mannhaftigkeit ihre Pflicht gewesen wäre, und sind nun himmelhoch jauchzend, weil dank der republikanischen Außenpolitik alle Gefahr für den Rhein gebannt zu sein scheint. Daß einige ehemalige Rheinrepublikaner, die vor Jahren mit Worten konspiriert haben, sich nun auch bei den Befreiungsfeiern in den Vordergrund drängen, gehört zur Charakteristik dieser Tage.

Den größten Lärm vollführen natürlich unsere Schwarzweißrotten. Ein Vergleich mit 1918 drängt sich auf. Wie damals des Königs getreueste Diener ihn zehnmal verrietten, ehe denn der Hahn in der Frühe des 9. November dreimal krächte, wie sie damals den Arbeiter- und Soldatenräten sich treu und gehorsam fügten, so haben sie sieben Jahre lang den fremden Soldaten sich löblich unterworfen, die schwarzweißroten Fahnen verfertigt und das Hakenkreuz höchstens unter dem Westensulter zu tragen gewagt. Vor den wenigen, die, wie Schlageter, wenn auch auf irren Wegen, mit Leib und Leben für ihre Sache eintraten, steht auch der Gegner mit Achtung.

Nun kommen sie aus ihren Löchern heraus und schimpfen hinter dem fremden Heere her, wie sie es bis dahin aus Magdeburg und Berlin, aus München und Hamburg getan haben. Des „Stahlhelms“ berühmteste Werber tauchen auf. Rohbach tritt in Köln mit dem Prinzen Karneval in Wettbewerb. Der „Jungdo“ stößt auf das linke Rheinufer vor. Freilich alle nur, um auf diesem Gebiete alter politischer Kultur die Erfahrung zu machen, daß dort weder mit marxistischer Kasernenhoffsprache, noch mit oberbayerischer Kraftmeierei Eroberungen zu machen sind. Geheuer, wenn auch nicht auffällig, ist, daß die schwarzweißroten Fahnen in Massen nur in den evangelischen Landbestellen der befreiten Zone flattern, wo Pastoren und Kirchen herausfordernd vorangehen. In den katholischen Städten und Dörfern ist die Fahne des Kaiserreiches weniger beliebt. In Köln Altstadt gehörte die Filiale der Deutschen Volkspartei zu den wenigen, die am Befreiungstage die kaiserliche Fahne hielten. Die Kölner Bürger drückten sich mit Rot-Weiß, den Farben der karnavalistischen Funkeninfanterie, und den preussischen Farben an einer Entscheidung vorbei. Das Symbol großdeutscher Einheit aber, der Kölner Dom, von dessen Türmen in den Jahren des Vormärz riesige schwarzrotgoldene Fahnen Friedrich Wilhelm IV. grühten, der Dom, in dessen Säulenhallen „Köln, das revolutionäre“, wie Freiligrath es besingt, dem in Wien erschossenen Volksführer Robert Blum, dem Sohne Kölns, ein feierliches Requiem gelungen hat, dieser Kölner Dom kennt jetzt die Reichsfarben nicht. Unser Kölner Parteiblatt hat dem Kardinal-erzbischof 500 M. zur Anschaffung von Reichsbannern zur Verfügung gestellt. Abgeholt ist der Betrag bisher nicht.

Eine Gründung der Republik, ein echtes Revolutionsfind, ist die Kölner Universität. Was Köln von den königlichen Berliner Gewalten nie oder vielleicht erst in Jahrzehnten erreicht haben würde, eine alma mater, hat ihm der Revolutionsminister Hoeninghoff gewährt. Die Studentenschaft Kölns hielt ihre eigene große Befreiungsfeier. Ein Massenaufgebot von Ehrengästen. Berühmte Kameradschaften: Wilhelm Marx, Konrad Adenauer. Ein reich geschmückter Saal: kölnisch Rot-Weiß und preussisch Schwarz-Weiß, was, entsprechend gruppiert, Schwarz-Weiß-Rot ergibt. Nicht das behäbteste schwarzrotgoldene Tischlein als Ehrung der Republik, als Gruß für ihre Reichsminister. Diese Herren aber schienen nichts zu vermischen. Wenigstens ließen ihre wortreichen Ansprachen nichts davon erkennen.

Stresemann hielt eine hochpolitische, eine außenpolitische Rede. Gute Gedanken. Es soll in dem neuen Deutschland nicht mehr „nationale“ und „antinationale“ Parteien geben. Goldene Friedensworte kamen von des Außenministers redegewandten Lippen. Der „Geist von Locarno“ wurde wieder einmal herbeibemüht und die für jeden Deutschen selbstverständliche Forderung erhoben, daß nun bald das ganze Rheinland von fremden Truppen frei sein müsse.

Die Begleitmusik zu dieser Rede, der ersten des Außenministers im befreiten Köln, und daher viel beachtet in Paris und London, machten die Studenten. Unter hocherhobenen klirrenden Schlägern sangen sie dem Manne von Locarno die „Wacht am Rhein“, in der ganzen Welt das gegen Frankreich gerichtete Kriegslied der Deutschen. Reichlich dumm, aber nicht dumm genug, wenn der Außenminister das Reiches Friedensworte in die Köpfe rufte. Darum folgte Ernst Moritz Arndts „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“, nach Sena Preußens Revanchefang gegen das siegreiche Frankreich Napoleons. Anno 1926 nun, im Jahre Locarnos, gelobten Kölns Studenten dem deutschen Außenminister: „So leben wir aus zur Hermannschlacht und wollen Rache haben“, und weiter im Stille, nicht Stresemanns, sondern Arndts:

Boßt klingen, was nur klingen kann.  
Die Trommeln und die Flöten!  
Wir wollen heute Mann für Mann  
Mit Blut das Eisen röten,  
Mit Hentcherblut, Franzosenblut, —  
O süßer Tag der Rache!  
Das klingen allen Deutschen gut,  
Das ist die große Sache.

## Reichsregierung und Volksbegehren.

### Eine Anweisung gegen Sabotageversuche.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat an sämtliche Landesregierungen folgende Drahtung geschickt:

Die Reichsregierung legt großes Gewicht auf äußerlich glatten und reibungslosen Verlauf des Volksbegehrens. Niemand darf Anlaß zu berechtigter Klage haben, daß ihm die Ausübung des verfassungsmäßigen Eintragungsrechts durch mangelhafte Maßnahmen unmöglich gemacht oder unbillig erschwert worden sei. Hier darf es keinen Unterschied nach dem Inhalt eines Volksbegehrens geben.

Bitte alle Gemeindebehörden und Aufsichtsbehörden anzuwenden, in allen Fragen nach dieser Richtlinie zu handeln und bei Zwiderhandlungen scharf einzuschreiten, dies gilt besonders auch für die Festsetzung der Eintragungstendenzen und der Zahl der Räumlichkeiten.

Die Versuche, der Durchführung des Volksbegehrens Schwierigkeiten in den Weg zu legen, werden von reaktionären Behörden fortgesetzt. Es bleibt nicht bei der Sabotage durch Gutsvorstände.

In einzelnen Städten, so in Frankfurt a. d. O., ist ein einziges Einzeichnungslokal festgelegt worden. Genosse Sollmann hat heute im Hauptauschuß des Reichstags darüber Beschwerde geführt.

Am Donnerstag beginnt die Einzeichnung. Trotz aller Hemmungsversuche reaktionärer Behörden — nun erst recht Massensturm gegen Fürstenhäbglert!

## Demokraten für das Volksbegehren.

### Bechluss einer demokratischen Organisation.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Spandau, wurde fast einstimmig beschlossen, an alle Anhänger in Spandau die Aufforderung zu richten, das Volksbegehren zur Fürstenabfindung zu unterstützen. Der vorliegende Gesetzentwurf, der ein Sondergericht von Berufsrichtern vorsieht, wurde vom entschieden demokratisch-republikanischen Standpunkt als unzulänglich bezeichnet.

## Der Ratskampf.

### Am Sonntag Anwendung der „Locarno-Methoden“.

London, 2. März. (B.T.B.) Wie die Blätter melden, wird am Sonntagabend in Genf eine inoffizielle Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Lord Cecil, Dr. Luther und Dr. Stresemann stattfinden, auf der die infolge der polnischen Forderung entstandene Lage erörtert werden soll. In britischen diplomatischen Kreisen verläute, daß man alle Anstrengungen machen würde, um die Lösung dieser Frage durch eine Vereinbarung zu erreichen. Man erkläre, daß der Sieg der einen oder anderen Seite nur geringen Wert haben würde, da die ursprüngliche Verlinnung bestehen bleibe. Es heißt, Großbritannien werde als einzig angemessenes Verfahren zur Behebung der Schwierigkeiten vorschlagen, daß man sich gemeinsam um den Beratungstisch versammle und „Locarnomethoden zur Anwendung bringe“.

### Vor einer Drohung Frankreichs? — Pressepolemik.

Paris, 2. März. (Ill.) Der „New York Herald“ teilt in seiner heutigen Morgenausgabe mit, daß, wenn alle Kompromißversuche in der Frage der Besetzung des Völkerbundes scheitern, Frankreich voraussichtlich von seinem Veto-Recht gegen die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland Gebrauch machen werde. Briand werde versuchen, bei der Zusammenkunft mit Dr. Stresemann und Luther den deutschen Widerstand ebenso wie den Schwedens gegen die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Polen zu überwinden. Als letzte Trumpf werde er dann das Veto gegen die Aufnahme Deutschlands als ständigen Mitglied im Völkerbund aussprechen. So sei jedenfalls die Stelle der gestrigen Kammerrede Briands auszuliegen, wonach die Entscheidung des Völkerbundes einstimmig erfolgen müsse. Briand habe dem französischen Botschafter in Berlin die Weisung gegeben, das deutsche Außenministerium davon zu unterrichten, daß die deutschen Einwände gegen einen Sitz für Polen als grundlos betrachtet würden. Deutschland stelle jetzt eine neue Bedingung für seinen Eintritt in den Völkerbund. Wenn Stresemann auf ihr bestünde, werde Briand ihm mitteilen, daß Frankreich freie Hand habe. Falls sich dann Stresemann auf den schwebelichen Widerstand berufen werde, so wolle Briand Stresemann darauf hinweisen, daß er es in der Hand habe, Schweden aufzuklären. Die Pariser „Daily Mail“ ist dagegen der Ansicht, daß die französische Regierung zwar im Prinzip an ihrer Haltung festhalte, aber daß Briand bereit sei, beträchtliche Konzessionen in bezug auf die Zeitfrage zu machen.

Die Reise Sie Eric Drummonds. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond kehrte am Montag von seiner Reise nach London nach Genf zurück.

### Und noch einmal:

Wir wollen heut uns Mann für Mann  
Zum Heldentode mahnen.

Mit der Sehnsucht nach dem Heldentode ist es den jungen Leuten gewiß nicht so eilig, wie sie in der Rheinweinbegeisterung beteuern. Man wird daher ihre Schlachtgefänge auch nicht so tragisch nehmen, aber sie klingen immerhin wie eine Verhöhnung der Politik des Außenministers in dessen Gegenwart und in dem dankbaren Material für alle diejenigen, die in Frankreich und Belgien gegen die baldige Räumung der Rheinlande arbeiten. Man möchte dieses chauvinistische Geschrei am Rhein ja gerne zart verschweigen, aber die deutsche Presse, auch die des Reichsministers des Auswärtigen, hat mit triumphierendem Stolz berichtet, daß die Studenten mit Jugendblut Deutschlands Kriegslieder hinausgeschlachtet hätten.

Stehend hörte der Führer unserer Außenpolitik die Hoffgefänge gegen Frankreich an. Kein Wort des Tadelns oder auch nur der Abwehr. Man nehme einmal an, Herr Stresemann wäre von der Arbeiterjugend zu einer Befreiungsfeier eingeladen worden, und dort hätte man nach einer Rede von ihm die „Internationale“ oder ein pazifistisches „Niederwieder-Krieg“-Lied gesungen. Diese Lieder hätten zwar stillgerechter zu der Außenpolitik von heute; aber niemand wird sich vorstellen können, daß Herr Stresemann sie bis zum Ende geduldig hingenommen hätte.

Die Masse des rheinischen Volkes, die von schweren wirtschaftlichen Sorgen bedrückt ist, hat die fremden Truppen zwar freudig scheiden sehen, lehnt aber jeden Befreiungsstaumel und alles Fahgeue ab. Wir sind überzeugt, daß Herr Stresemann ihr dabei recht gibt. Die rheinischen Republikaner, das Reichsbanner voran, wollen zu Zehntausenden aufmarschieren, wenn am 21. März die große offizielle Befreiungsfeier stattfindet. Der Reichspräsident, der Reichskanzler, Reichsminister und preussische Minister werden kommen, die höchsten Würdenträger der Republik. Es ist ihre Pflicht, sich und das Reich gegen über angebrachte demagogische Treibereien zu schützen. Sonst wird man nicht die unverantwortlichen jungen Schreibhaisse, sondern diejenigen zur Verantwortung ziehen müssen, in deren Händen das Schicksal der noch befreiten und nach der Freiheit sich sehnenenden rheinischen Gebiete liegt.

### Die „einigen“ Nationalen.

Was dem einen ein Raub, ist dem andern ein Schütz.

Daß die Partei Rampe unter schweren inneren Kämpfen leidet, daß die in der Fraktion — nicht nur bei Namens-Geschehen, sondern auch bei sozialen Fragen — öffentlich aufeinanderplatzenden Gegensätze auch im Lande sich auswirken, das ist schon lange kein Geheimnis mehr.

Die Formen dieser Auseinandersetzungen sind natürlich nicht überall die gleichen, aber sie sind wenigstens überall gleich temperamentooll. Ueber einen besonders charakteristischen Streit berichtet die „Frankfurter Zeitung“ interessante Einzelheiten:

Für die Vorherrschaft des demagogischen Radikalismus in der Deutschnationalen Partei und für die Tiefe des inneren Zwistes in ihr sind nun besonders kennzeichnend die offenen Kämpfe, die sich seit einiger Zeit in der Frankfurter Partei abspielen. Hier hatte bisher die gemäßigtere Richtung die Fäden in der Hand. Aber die jüngeren und radikalere Elemente trauten immer wieder gegen die würdigen Herren vom Vorstande auf, und der Führer jener Elemente, ein etwas temperamentvoller Heinz Schüg, slog zuerst aus dem deutschnationalen Vorstande in Frankfurt und dann aus der Partei heraus. Nun aber griff der Bundesvorstand ein, rehabilitierte den Ausgeschlossenen wieder, berief über den Kopf des Frankfurter Vorstandes hinweg Mitglieder- und Hauptversammlungen, schon stand man unmittelbar vor einer offiziellen Parteispaltung, die nun offenbar dadurch

vermieden wird, daß man den eben noch herausgeworfenen Führer der radikalen Richtung zum zweiten Vorsitzenden macht! In den gedruckten Rundschreiben, mit denen dieser deutschnationale Bruderkrieg geführt wird, sagt man sich gegenseitig die herzerquickendsten Wahrheiten. Der bisherige Vorstand wirft dem künftigen zweiten Vorsitzenden „hemmungslosen Ehrgeiz“ vor und zeigt, daß seine ganze Politik „einzig und allein zur Verherrlichung seiner eigenen Person“ diene, daß sein Auftreten „allen Regeln auch des einfachsten bürgerlichen Anstandes widerspreche“. Dem deutschnationalen Landesvorstand, dessen Vorsitzender der ehemalige Kriegsminister General Wild von Hohenborn ist, wirft der Frankfurter Vorstand in einem öffentlichen Inserat „Benutzung verunkleuter Mitgliederlisten“ vor. Die radikalere Richtung aber, die nicht wegen ihrer Uebereinstimmung mit der Landesleitung und Reichsleitung der Partei die offizielle ist, sondern offenbar die große Mehrheit der Frankfurter Deutschnationalen hinter sich hat, nimmt in ihren Rundschreiben erst recht kein Blatt vor den Mund. Da heißt es, daß der bisherige Vorstand „kein Verantwortungsgefühl für das große Ganze“ habe und daß er die Partei „zu einer Fiktion der Deutschen Volkspartei habe umbilden wollen“. Auch wird mitgeteilt, daß im Frankfurter „Reichsblat“ letztes Jahr nicht bloß die Deutsche Volkspartei der Kandidatur Hindenburg „sehr wenig sympathisch gegenüberstand“, sondern daß auch im deutschnationalen Ausschuss nur eine Stimme sich für den Feldmarschall erhob!

Es geht bei den Deutschnationalen zu wie bei den Kommunisten. Heißt der Mann hier A a h, so heißt er dort S c h ü g. Aber hinauszufliegen und hineinfliegen, stürzen und die Treppen hinauffallen — das kann man bei den einen wie bei den anderen. Nur brauchen die Demagogen bei den Deutschnationalen noch nicht den Umweg über Moskau machen, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

### Wohnungsnot und Angestelltenversicherung Unerträgliche Mißwirtschaft.

Die amtlichen Zahlen der Verteilung der Kredite vom 1. Oktober 1923 bis 31. Oktober 1925 zeigen, daß die deutschnationale Leitung die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu einem Bankinstitut für die großkapitalistischen Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft entwickelt hat. Diese Zahlen müssen jedem Leser beweisen, daß die Vertrauensleute des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die mit den Arbeitgeberern zusammen auf Grund des vorgenommenen Wahlrechtsraubes die Mehrheit in den Verwaltungskörpern erhalten haben, an den vitalsten Interessen der Angestellten schlimmsten Verrat geübt haben. Wir geben hier die amtliche Uebersicht:

I. Wertpapiere:			
1. Anleihen des Reiches und der Länder sowie deren Kreditanstalten	10 418 000		
2. Pfandbriefe und Obligationen	18 706 000	24 194 000	
II. Darlehen:			
1. an Länder		12 821 000	
2. an Gemeinden:			
a) für Wohnungsbau	83 908 000		
b) für sonstige Zwecke	26 168 000	60 061 000	
3. an gewerkschaftliche Betriebe		5 764 000	
4. an kurzfristige Anlagen		18 470 000	
III. Hypotheken:			
1. auf städtische Grundstücke:			
a) Wohn- und Geschäftshäuser	26 875 000		
b) Siedlungen	9 194 000		
c) Heilanstalten usw.	10 533 000	46 604 000	
2. auf landwirtschaftl. Grundstücke		47 153 000	
3. auf industrielle Grundstücke		56 995 000	
IV. Grundbesitz		884 000	
		272 860 000	

Diese Zahlen stellen die tatsächlichen Bewilligungen dar. Leider ist die Uebersicht nicht ganz durchsichtig gehalten. Immerhin zeigt sie die Entrechtung der Versicherten mit erschreckender

der Deutschnationalen. Wenn den Gemeinden 60 Millionen Darlehen gegeben worden sind, so dürfte dagegen ein Einwand nicht bestehen. Voraussetzung freilich wäre, daß der überwiegende Teil der übrigen Kapitalanlage auch den Versicherten selbst, also vor allem in ihrer Eigenschaft als Siedler zugute gekommen wäre. Die Verteilung der Hypotheken, die sowohl wegen der Gesamtsumme, als auch wegen der Langfristigkeit der Anlage zur allgemeinen Beurteilung entscheidend sein muß, zeigt das Gegenteil einer solchen Verteilung. Von insgesamt 150 Millionen Hypotheken haben Industrie und Landwirtschaft nicht weniger als 104 Millionen bekommen, während dem städtischen Neubau nur knapp 27 Millionen, den Siedlern aber nur die Bagatelle von ganzen 9 Millionen RM. gewährt worden waren. Nach dem Bericht sind in den zwei Jahren überhaupt nur 248 Einzelsiedlern (!) Hypothekendarlehen gegeben worden. Von einer Gesamtanlage von 272 Millionen RM. hatte diese „soziale“ Versicherung 9 Millionen, d. h. 3 Proz. für die Siedler übrig. Die Großkapitalisten in Landwirtschaft und Industrie haben von den gewährten Hypotheken fast 70 Proz. für ihre privaten Zwecke in Anspruch nehmen können. Sie waren dabei noch nicht einmal an die mindeste soziale Bedingung hinsichtlich der Behandlung ihrer Angestellten und Arbeiter gebunden. Auf der anderen Seite werden täglich zahlreichen Angestellten keine Hypothekengefänge ohne Angabe von Gründen bürokratisch abgelehnt.

Diese Mißwirtschaft in der Reichsversicherungsanstalt ist unerträglich geworden. Auf der einen Seite drängt die ganze wirtschaftliche und soziale Situation danach, alle Kräfte und die erschöpfbarsten Kreditquellen dem Wohnungsbau, insbesondere dem Siedlungswesen zuzuleiten, und zu gleicher Zeit darf es sich die deutschnationale „Selbstverwaltung“ der Angestelltenversicherung erlauben, 100 Millionen Mark Vermögen an jene Kreise zu vergeben, die zum großen Teil die heutige Volksnot mit verschuldet haben.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat erst in diesen Tagen sein starkes Interesse für die Förderung des Wohnungsbaues bekundet. Es liegt in seiner Macht, die längst angelegte Wahlreform zur Angestelltenversicherung unverzüglich an den Reichstag zu bringen und durch beschleunigte Neuwahlen für die soziale Altersversicherung der Angestellten auch eine soziale Selbstverwaltung zu gewährleisten.

### Der Kampf gegen § 218.

Nachdem am 18. Dezember im Rechtsausschuss der Antrag Müller-Franken, dem Strafgesetzbuch folgenden § 218a einzufügen: „Die in den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen sind nicht strafbar, wenn sie von einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzt innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind“, abgelehnt worden war, gelangte heute im Rechtsausschuss der Ewentualantrag Dr. Moses, Frau Büß und Genossen zur Beratung. Nach ausgedehnter Debatte wurde der Antrag mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Er lautet:

„Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuzuführt, wird mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet. Der Versuch ist strafbar.“

Wer die im Absatz 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerksmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerksmäßig verschafft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“

Der Auswärtige Ausschuss der Kammer hat am Montag einen Bericht des Ministerpräsidenten Briand über die Verträge von Locarno entgegengenommen. Briand hat betont, daß außer den veröffentlichten Vereinbarungen keine Abmachungen in Locarno getroffen worden seien. Der Ausschuss hat sich daraufhin einstimmig für die Ratifizierung ausgesprochen.

### Ilka Grüning am Zentraltheater.

Als Hermann Hegermans vor Jahresfrist starb, wurde ein Freund begraben, der dem Herzen des Volkes sehr nahe geliebt hatte. Der Strahlenwanderer, der Erzähler und Dramatiker und schließlich auch der Polemiker mit der immer heißen Feder bekannte sich zu dem Armut, zu dem Leid, zu den Niedrigen und Bergessenen. In einer Zeit, da man in Kunstdingen sehr weislich geworden war, und den Luxusbetrieb, der durch Romane und Theaterstücke verkärt wurde, leichtfertig genoh, rief Hegermans zur Einkehr auf. Hier im „Vorworts“.

Nun haben sie dem Toten, der in seinem Lande die letzten Jahre der schweren Arbeit aber auch der schweren Verbitterung hindrachte, zu Hause ein ziemlich ehrwürdiges, aber auch ein ziemlich frohliches Begräbnis bereitet. Man sammelt noch immer für das Grabmal, das er empfangen soll. Es scheint, daß sich die freigebigen Hände nicht allzu oft austun. Und in anderen Händen, die spenden möchten, klingt zu wenig gewichtige Münze. Es scheint ferner, daß die holländische Regierung viel Wichtigeres zu tun hat als mit bescheidenen Kosten dem Dichter einen Gedenkstein zu setzen. Alles Trauerpiel, alte Farce —

Im Zentraltheater ehrt man den Toten durch Aufführung des „Boguslichen Bühnenspiels“ „Eva Bonheur“ (verdeutsch von Elise Ditten). Das Stück ist, um es gleich zu sagen, armlebig und lächerlich. Es ist eines von den schwächsten Hegermans. Ist die Pietät auch zu loben, so doch nicht der dramaturgische Blick. Hegermans hat alle Gefühle- und Theaterwärme auf die Unterweltlerin Eva Bonheur verschwendet, die ihre Rebenmenschen pietät und sich bei solcher Tier- und Menschenquälerei sehr wohl fühlt. Eva Bonheur, schon der Name soll Sinnbild sein, zunächst das Weib mit dem Urmalnamen, der weibliche Urdrache. Und dazu heißt sie noch im Deutschen und im holländischen Frau Glück. Man sieht, wie die Gestalt dem Dramatiker ins Uebermenschliche hinauswuchert. Er will das Gepeinigteste aus der alltäglichen Schädigkeit herauswachen lassen. Im Stücke zerstört der Drache die häusliche Ruhe, das Vermögen und die Liebesartlichkeit aller Nachbarn. Bloßlich kippt Eva Bonheur selbst in die Klugheit zurück. Bloßlich rückt dem Drachen eine Maus oder eine Ratte zwischen die Klauen, und der Drache stolpert, er wird spinnwebig, er wimmert und will gar ein Menschenfreund sein, damit er nicht mit Maus und Ratte allein bleiben muß. Natürlich ist diese Befreiung nur aufzulösen als neue Lüge und Lüge. Gezeigt wird die ewige Farce, auch die fassliche Aufrichtigkeit.

Da, was ist schon phantastisch und klug ausgedacht. Nur ist der Schwarm der von Eva gepiesachten Leute allzu blutarm. Die Idylle verandert. Der unheilbare Romantiker, seine Frau, das Mädchen, das zunächst dem Rufus um den Hals fällt und dann sogar als eine Heroine für die Selbstständigkeit der enttäuschten Jungfrauen kämpfen will, das sind alles gut ausgedachte Typen. Doch nur Typen. Sie stehen still. Sie werden nicht dramatisch im Kreise gedreht. Schließlich merkt man, daß die Moral und der Charakter den Typen sehr traditionell, aber auch sehr oberflächlich angeklebt wurden.

Es bleibt allein übrig in ihrer unübertrefflichen Vielfältigkeit und Gemeinheit Eva Bonheur. Sie wird schon im ersten Akt entlarvt.

Im dritten zeigt sie noch kein zweites Gesicht, sondern ihr unverändertes Drachenantlitz. Aber sie ist eine töstliche Teufelsgeburt. Und Frau Ilka Grüning spielt die Hege und den Quälgeist. Auf der Bühne sind zwei Stockwerke übereinander gebaut. Oben hockt der Quälgeist, unten die Opfer. Für den Drachen und seine Schliche ist so ein ständig wechselnder und anziehender Spielraum geschaffen. Frau Grüning scheut sich nicht vor der widerwärtigen Raste. Sie verachtet jedoch durch ihre Drohigkeit das Widerwärtige. Die Art, in der sie die Brille auf die Nase sülpt und dann auf die Stirn hinausschiebt, ihr huckeln nach Mäusen, ihr Krächzen und Häffeln, ihr Distanz beim überschneppenden Jörn, alles das ist mehr als glänzende Virtuosenleistung. Warmiges Menschentum wird bewundert. So spielt Frau Grüning schließlich ganz für sich, ohne es zu wollen. Und gegen ihre Umgebung, die durch Stolz und Temperament ziemlich gehemmt wurde. Sie erpölet sich einen Riesenerfolg. Mag Hochdorf.

### Ein unbekanntes Dokument.

Liebnecht und die „Norddeutsche Allgemeine“.

Der rote Republikaner August Braß hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nach seiner Ueberflutung von London nach Berlin gegründet. Im Späthommer 1862 wurde Liebnecht der Redakteur für auswärtige Angelegenheiten an dieser Zeitung. Am 24. September 1862 übernahm Otto von Bismarck den provisorischen Vorsitz im preussischen Ministerrat. Am 29. September trat Bismarck das erste Mal vor das preussische Abgeordnetenhaus. In der Budgetkommission enthüllte er freimütig seine „Blut-und-Eisen-Politik“. Er erklärte: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, wie sie 1848 und 1849 in Uebung gewesen, werden die großen Fragen der Zeit gelöst, sondern durch Blut und Eisen.“

Braß ließ sich nun durch Bismarck bewegen, seine Zeitung in den Dienst dieser Blut-und-Eisen-Politik zu stellen. Liebnecht merkte die politische Umstellung des früheren roten Demokraten sehr bald. Scharf stießen die politischen Anschauungen beider Politiker aufeinander. Braß sprach Wünsche aus, die einen Ausgleich der auseinandergehenden politischen Meinungen bezweckten. Liebnecht blieb bei seinem politischen Standpunkt. Am 20. November 1862 schrieb daher Braß folgenden Brief an Liebnecht:

„Sehr geehrter Herr, nach Ihren Ansichten besteht der Grund, welcher mich veranlaßt, hinsichtlich Ihrer Tätigkeit weitere Wünsche zu hegen, in der Berücksichtigung unserer Ansichten. Nach meiner Meinung besteht dieser Grund in den von Ihnen heute entwickelten Anschauungen. Es ist hier nicht nötig, zu unteruchen, welche Ansicht die richtige, wenn wir in der Laiahe übereinstimmen.“

Infolgedessen erlaube ich Ew. Wohlgebornen, mir gefälligst schriftlich davon Mitteilung machen zu wollen, wie und wann Sie ein Verhältnis zu lösen wünschen, welches mir nicht förderlich, Ihnen dagegen nicht unangenehm sein kann.

Mit bester Hochachtung ergebenst

A. Braß

Liebnecht schrieb zu diesem Briefe später folgende Beistimmnotiz: „Wir hatten beständig Streit gehabt, weil ich mich nicht in die auf

der Redaktion nötige Disziplin finden könne. Vor drei oder vier Monaten versprach er mir 240 rth., nach einiger Zeit 1200 sofort und ließ meiner Frau durch eine weibliche Agentin sagen, er könne ohne mich nicht fertig werden.“ Später überzeugte sich Braß von der Unmöglichkeit, den Revolutionär Liebnecht für das Bismarckische Spiel zu gewinnen, die Arbeiterzeitung gegen den Liberalismus aufzupolieren. Die Gräfin Hajfeld ludte im Jahre 1868 dem Genossen Liebnecht einen Vorwurf aus seiner Mitarbeit an der „Nordd. Allg. Zeitung“ zu machen. Sie tat das wider besseres Wissen. Hatte doch der Redakteur dieser Zeitung bezeugt, daß Liebnecht freiwillig und ohne Rücksicht auf die materiellen Vorteile, die ihm seine Stellung einbrachte, ausgeschieden sei. Liebnecht wurde ein Opfer seiner Ueberzeugung — er mußte nun wieder die ganze Misere des freien Schriftstellers durchkosten.

Die Besteigung des höchsten Berges der U. S. A., des Mount Tahoma in den Rocky Mountains, schilderte Hansotto Knippel in der Urania in einem anschaulichen Lichtbildervortrag. Die Aufnahmen, stellenweise von nie vorher begangenen Gegenden gemacht, gaben ein eindrucksvolles Bild der alpinen Schönheiten dieses Gipfels, zeigten aber auch deutlich die Gefährlichkeit der Besteigung, die hier von einer Gruppe von etwa 70 Menschen unternommen wurde. Das zerklüftete, stark brüchige Gestein dieses noch immer tätigen Vulkanes läßt sich oft nur mit größter Vorsicht überschreiten, da schon eine heftige Schläge des Felspiedels es einstürzen lassen können. — Im zweiten Teil der Bilderreihe wurde dann ein Uebersichtsbild gezeigt. Interessante Indianerbilder und Szenen aus dem Leben der Cowboys waren eingestreut, die eine Vorstellung von der wahren Romantik dieser Gegenden geben. Hansotto Knippel war zwar den von ihm selbst ausgenommenen Bildern kein gewandter Erklärer, dazu stand er selber zu sehr im Bann dieser Reize, die sich hier auf der Leinwand abrollten. So beschränkte er sich im allgemeinen auf die begeisterte Wiedergabe subjektiver Eindrücke und auf die Schilderung einzelner Episoden, gab aber gerade dadurch vielleicht diesen Zuhörern eine deutlichere Vorstellung von diesen Natureindrücken, als ein trockener Bericht es vermocht hätte. In.

Die deutsche literarische Produktion. Das letzte Jahr ist für die deutsche literarische Produktion ein Rekordjahr gewesen. Selbst die Vorkriegsjahre haben keine derart hohe Summe von Neuerwerbungen gebracht wie 1925. Das ergibt sich aus der statistischen Uebersicht, die Ludwig Schönrod soeben im „Wörterblatt“ für den deutschen Buchhandel veröffentlicht. Das Jahr 1925 erscheint da mit einer Ziffer von 37 722 Werken, während im Jahre 1913 nur 33 078 gezählt wurden. Wie stark die Produktion stieg, zeigt der Vergleich mit den 28 140 neuen Werken im Jahre 1924. Der Zuwachs kam ebenso der Buchproduktion wie der Zeitschriftenproduktion zugute.

„Die Gerac“. Im Bericht über die 4. Tanzmatinee der Volkshöhne (Abendnummer vom 1. März) hat der unentwegt lästige Druckfehlerstator die Mitteilung eskamotiert, daß es sich um ein Gastspiel der Tanzgruppe und des Gesangschores des Reichlichen Theaters in Gera handelte.

Mag Deel spricht am 6. abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses über Rembrandt als Maler der Menschenliebe. (Mit Lichtbildern.)

## Der feuerpeiende Berg. Alara Zeitlin gegen Ruth Fischer.

Endlich kommt auch Alara Zeitlin in Mostau wieder zum Wort. Bisher durfte sie nur bei Festparaden wirken. Von jeder politischen Betätigung war sie jahrelang künstlich ferngehalten. Auch ihr Reichstagsmandat hatte sie infolgedessen lange Zeit überhaupt nicht und dann nur ganz vorübergehend ausgeübt. Jetzt endlich hat die Niederlage Simons den Weg für sie freigemacht. Und ihr „raff ein Aemo in der Brust“. Aller Zorn, der sich in ihr aufgespeichert hat, explodiert in einer furchtbaren Schimpfkampagne auf Ruth Fischer. Natürlich Alara Zeitlin schimpft nicht so massiv wie die bisherige „große Führerin des deutschen Proletariats“, aber Gift verspricht sie zur Genüge. Und so liest man heute in der „Roten Fahne“ mit Staunen und Kopfschütteln, was Alara Zeitlin über Ruth Fischer und über die bisherige Politik der KPD zu sagen hat:

„Aus einem Schauplatz leidenschaftlicher Kämpfe um Theorie und Praxis verwandelte sich gestern die Tagung in ein igitliches Komödienspiel. Ruth Fischer trat gestern in der Rolle der reumütigen politischen Maria Magdalena auf, um durch ihr Sündenbekenntnis zu beweisen, daß sie wieder reif sei zur Führung der KPD und des deutschen Proletariats. Das ist lächerlich und unberechtigt.“

Rednerin führte das Heine-Zitat: „Grüß mich nicht unter den Linden“ an. Ruth Fischer trat auf als die Historikerin der deutschen Partei, ihre geschichtlichen Ausführungen sind jedoch, milde gesagt, ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit. Sie behandelt herabsehend die Anfänge der KPD, obwohl sie sich damals noch in Wien mit Sexualfragen beschäftigte. Sie behandelte das traurige Kapitel der Oktober-Niederlage, ohne die geringsten Voraussetzungen historisch-materialistischer Auffassung zu besitzen. Dagegen übergibt sie leicht zwei von ihr mitterlebte Kapitel: den Frankfurter und den Berliner Parteitag. Ueber Frankfurt sagte sie nur, daß sie wider besseres Wissen eine falsche Bilanz gezogen habe. Jeder, auch ich, habe viele Fehler gemacht, aber wenn man mit Fehler, die ich wider mein Gewissen gemacht habe, vorzuerwerfen hätte, möchte ich mich lieber aufhängen als hier erscheinen. Auf dem Berliner Parteitag verles Ruth Fischer durch ihr Referat, das einer Provinzialagitationstexte ähnlich war, alle Probleme. In der Frage der mit dem Psychopathen oder Schurken Rath ausgeschlossenen Arbeiter tritt Ruth Fischer als die Hüterin besser revolutionärer Tradition auf. Zu den besten Traditionen, nicht nur der KPD, sondern des Weltproletariats, gehört aber Rosa Luxemburg, die von Lenin mit einem Adler, von Ruth Fischer jedoch mit einem Syphilisbazillus verglichen wurde. Dies ist nicht nur ein Geschmackslosigkeit und eine Rohheit, sondern auch eine unerhörte politische Niederträchtigkeit.

Ruth Fischer behauptet, daß sie die Vertorperung des unklaren, miltaristischen revolutionären Teiles des Proletariats ist. Das ist eine Beschimpfung und Beleidigung dieses Teiles des Proletariats, dessen Stimmungen sie nur als Sprungbrett zur Parteiführung benutzte.

Der ERSD-Brief stellt einerseits die politische Unfähigkeit der Maslow-Ruth-Fischer-Gruppe, andererseits ihre politische Unehrlichkeit fest. Die Unterzeichnung des ERSD-Briefes geschah nicht aus Mitleid, sondern aus Mangel an Selbstachtung. Die doppelte Durchführung hatte für die deutsche Partei eine katastrophale Wirkung:

Ihr Mißverstand war zurückgegangen, sie hatte die Verbindung mit den Grobbedrienen verloren, sie hatte die Gewerkschaftsopposition eingebüßt, sie war von den Gegnern nicht geachtet, — die ganze Partei war von Pessimismus erfüllt.

Unter der gegenwärtigen Führung beginnt bereits ein langsam aber erheblicher Aufstieg, ein jeder muß die Zentrale unterstützen. Statt dessen versucht Ruth Fischer, die Autorität der Zentrale herabzusetzen. Das Vorwärtsschreiten der Partei zeigt sich darin, daß die Partei nicht unruhlich gegen Baccano kämpfte, die Fürstenabfindungskampagne als eine grobartige Volksbewegung unter Führung der KP. entfaltete, große Erfolge in der Bauernagitation erzielte. Die Partei ist innerlich konsolidiert im Sinne der Heranziehung aller fähigen Genossen an die Parteiarbeit. Die Parteipresse hat sich verbessert. Ruth Fischer sprach von einer Konzentrierung der Kräfte, nannte aber die wirklich begonnene Konzentrierung eine Rechtschwenkung.

Nach der schamlosen Hehe gegen hervorragende und tüchtige Kräfte, wie Thalheimer und Brandler, hat sie jetzt einen neuen Popanz in Ernst Meyer erfunden, der jedoch ein zehnfach besserer Revolutionär als Maslow und Ruth Fischer ist.

Die KPD wird trotz dieses unehrlichen Geschreies auf dem eingeklagten Weg vorwärtschreiten. Die Hoffnung jener, die glauben, daß die Maslow- und Ruth-Fischer-Elemente wieder zur Parteiführung gelangen können, ist falsch. Ich stimme Thämann zu, der sagte, daß Maslow und Ruth Fischer politisch und moralisch für die Parteiführung ein für allemal erledigt sind.

Alara Zeitlin ist sicher eine unerreichte Künstlerin in der Beherrschung der „revolutionären“ Wortbildungen und Schimpfkampagnen. In ihrem Hahngesang gegen die unterlegene Konkurrentin hat sie sich von ihrer härtesten Seite gezeigt. Was sie sonst politisch zu verstanden hat, unterscheidet sich leider nicht wesentlich von dem, was auch Ruth Fischer will. Der Haß gegen die Sozialdemokratie ist allen gemeinsam, sie streiten sich nur über Mittel und Wege zur Bekämpfung dieses einzigen Feindes. Alara Zeitlin meint, sie würde „sich lieber aufhängen lassen“, ehe sie etwas unterschriebe, was gegen ihr Gewissen sei. Ob das für die letzten Jahre auf Alara Zeitlin zutrifft, ist mehr wie zweifelhaft. Eher ist sie aber eheulich, wenn sie sich ausdrücklich zu dem entschiedenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie bekennt. Sie sagt wörtlich:

„Die Thesen des 5. Kongresses enthalten einen gewissen Widerspruch zwischen den Thesen zur Gewerkschaftseinheit und der Formulierung über die politischen Parteien. Ich unterschreibe mit beiden Händen die Formulierung über die Sozialdemokratie, es ist jedoch fraglich, ob die Aussprache in dieser Form tatsächlich richtig gewesen ist. Die Formulierung über die Sozialdemokratie gab zum Zweifel an der Aufrichtigkeit der Gewerkschaftseinheitskampagne Anlaß. Die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften verstanden es nicht, wie bei solcher Formulierung die Einheit möglich wäre.“

Die Thesen des 5. Kongresses beendeten in ihrer Formulierung über die Sozialdemokratie den Sieg Ruth Fischers. Die Sozialdemokratie wird hier als ein „Flügel der Bourgeoisie“ bezeichnet, mit dem es niemals ein Zusammengehen geben könne. Die Zeitlin unterschreibt also auch diese Thesen, offenbar ohne Widerspruch. Sollten wir den Thesenfabrikanten Thalheimer und den „dämonischen Intriganten“ Brandler wirklich bald wiedersehen? Welche Wendung! Wie lange noch?

## Erskwerisse für das Volksbegehren.

Der Bahleiter des Magistrats, Stadtrat Dr. Richter, muß zwar blutenden Herzens seine Pflicht tun und die notwendigen Anweisungen für die Durchführung des Volksbegehrens geben. Wer sollte es aber ihm nicht nachfühlen, daß er in seinem deutschnationalen Herzen sich auf das allernotwendigste beschränkt. So hat er durch eine Anweisung den Bezirksämtern ausgegeben, in Kranken- und Pflegeanstalten keine besonderen Eintragungsräume einzurichten. Tatsächlich bedeutet das bei der großen Zahl von Krankenhäusern in Groß-Berlin eine Entrechtung für sehr viele Insassen dieser Anstalten. Es ist absolut nicht einzusehen, warum es bei großen Anstalten nicht möglich sein soll, im Bureau einen Eintragungsräum für die Kranken einzurichten. Wir erwarten, daß der Magistrat seine bisherigen Anweisungen dahingehend ergänzt. Er würde sich sonst dem Bedacht aussetzen, daß er ein ihm parteipolitisch unangenehmes Volksbegehren künstlich zu erschweren sucht. Die preussische Ministerialverordnung vom 20. Februar sieht ausdrücklich die Möglichkeit solcher Eintragungsräume vor; es ist nicht einzusehen, warum dann in der größten Gemeinde Preußens, wo offenbar eine Notwendigkeit für solche Räume besteht, von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht werden soll.

## Das Volk gegen die Fürsten.

In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach am Montagabend in Lindners Festsaal in Bankow Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Roes gegen die unerhörten Forderungen der Fürsten. In seiner Protestrede wies er darauf hin, daß das lokale Verhalten der Republik den Monarchisten gegenüber sich heute blüher rächt. Die Forderungen der Fürstenhäuser sind die Einleitung zu dem Kampf der Monarchisten gegen die Republik, der nach der Abstimmung noch schärfere Formen und ein noch dreifaches Ausbreiten der Fürstentümer annehmen wird. Monarchistische Beamte der Republik, insbesondere Beamte der Justiz, untergraben systematisch die Grundlagen der Republik. Pflicht der Republikaner ist es, diese Elemente aus dem Amte zu treiben. Der Redner gliederte im einzelnen die Forderungen der Fürsten und deren Anhang und stellte diesen die große Erwerbslosigkeit und Not des Volkes gegenüber. Im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt ist die Beschaffung der Schloßer eine wahre nationale und patriotische Tat. Die Herrlichkeit der Fürsten ist vorbei. Genosse Gausle ermahnte zum Schluß die Versammlung, bei der Einzeihung in die Listen nicht ihre Pflicht zu veräumen und darüber hinaus für rege Propaganda zu sorgen. Mit einem Hoch auf die SPD. schloß die Kundgebung. — Im dichtgefüllten Bürgeraal des Rathhauses Schöneberg-Friedenau sprach am Montagabend Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser über das Thema: „Der Hohenzollernraubzug und die Not des Volkes“. Oft von stürmischen Beifall der Anwesenden unterbrochen, zeichnete Genosse Aufhäuser ein Bild der drückenden Not des Volkes, der er die schamlose Raffgier des vereinigten fürstlichen Raubritteriums entgegenstellte. Willkürdiktate des Volksvermögens sind es, die auf dem Spiele stehen. Nicht die Fürsten allein müssen abgefunden werden, sondern auch die großen und kleinen Standesherrn, die sich auf die Bundesakte von Jahre 1816 berufen. Hendell-Donnermarkt z. B. will Entschädigung dafür haben, daß man vor einigen Jahrzehnten seine Privatfälle aufgehoben hat. Das Volksbegehren ist ein Kampf um die Sicherung des Volksstaates, der Republik. Schon beim ersten Gang gilt es, die wildgewordene Patentkompanie entscheidend auf Haupt zu schlagen. Durch die breitesten Schichten des Volkes muß der Märzsturm gehen. Hinweg mit den fürstlichen Raffes. (Stürmischer Beifall.)

## Die Untersuchung im Fall Jürgens.

### Bisher kein Geständnis des Ehepaars.

Der Stargarder Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Ruchs, ist zurzeit mit der Sichtung des von der Berliner und Stettiner Kriminalpolizei gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Frau zusammengetragener umfangreicher Belastungsmaterials beschäftigt. Daneben hat heute an Hand dieser Akten zunächst ein eingehendes Verhör des verhafteten Landgerichtsdirektors begonnen, bei dem Punkt für Punkt der verschiedenen Fälle, in denen Kredit- und Versicherungsschwand vermutet wird, durchgegangen wurde.

Die neuerdings in der Deffentlichkeit zur Sprache gebrachten Vorgänge aus der Tätigkeit Jürgens im Kriege beim Generalkommando in Hannover werden im Augenblick nicht zum Gegenstand weiterer polizeilicher Ermittlungen gemacht, da es sich um Dinge handelt, die durch Amnestie bereits erledigt sind. Bis jetzt haben beide Eheleute Jürgens energisch und standhaft jegliche Schuld abgestritten und diesen ihren Standpunkt auch gegenüber dem schwersten Belastungsmaterial nicht geändert. Keinerlich waren ihnen dabei irgendwelche Gemütsregungen oder seelische Depressionen nicht anzumerken. Eine gewisse Bewegung machte sich bei den Ehegatten nur bemerkbar, als sie am vergangenen Sonnabend abend zum ersten mal nach ihrer Festnahme konfrontiert wurden. In Stargard kommen über das Ehepaar, wie uns von dort gedrabbt wird, sehr nach der sensationellen Aufrollung des Falles immer neue Dinge zur Sprache. Vor allem melden sich jetzt täglich Stargarder Geschäftsleute, die sich geküßelt fühlen, wobei allerlei Charakteristisches zutage tritt. Zum Beispiel soll die Familie Jürgens einen kleinen Gemütschändler, von dem sie ihren täglichen Bedarf für die Küche bezog, noch heute 60 R. für Lebensmittel schulden. Größere Gläubiger sind eine Reihe von Konfektionsgeschäften, von denen eins über seine Erfahrungen mit Frau Jürgens folgende Angaben macht: „Die Gattin des Landgerichtsdirektors ließ sich wiederholt eine größere Anzahl von Kleidern in ihre Wohnung kommen, behielt sie dann einige Tage, um sie schließlich wieder mit dem Bemerkten zurückzuführen, daß sie nicht ihrem Geschmack entsprächen. Durch einen Zufall kam man eines Tages dahinter, daß sie in der Zwischenzeit einige Roben, insbesondere Abendtoiletten, angezogen und bei Geschäftsleuten getragen hat, ohne aber das betreffende Geschäft von dieser Tatsache in Kenntnis zu setzen oder eine Entschädigung dafür zu bezahlen.“

### Festnahme eines Hilfschuldendirektors.

Unter dem bringenden Verdacht, sich an einer Schülerin schwer vergangen zu haben ist gestern nachmittag der 51 Jahre alte Rektor Wilhelm Frank aus Adlershof festgenommen worden. Frank, ein verheirateter Mann, stand seit 20 Jahren im Schuldienst und leitete zuletzt in Adlershof die Hilfschule für Schmachkranke. Vor 8 Tagen wurde er auf die Anzeige einer Mutter von der Schulaufsichtsbehörde des Dienstes entbunden. Die Anzeige beschuldigt ihn, eine Schülerin der 1. Klasse in sein Amtszimmer genommen und sich dort an ihr vergangen zu haben. Der Rektor bestreitet die ihm zur Last gelegten unzüchtlichen Handlungen und behauptet, daß das Mädchen ein verlorrenes Kind sei. Ein weiterer Fall wird dem Rektor gleichfalls zur Last gelegt. Die Behauptung erregt in Adlershof großes Aufsehen. Frank versichert nach wie vor, daß er zu unrecht beschuldigt werde.

### Republikanisches Volksfest.

An Stelle der bisher üblichen Einzelveranstaltungen der verschiedenen Abteilungen des Reichsbanners veranstaltet der Gau Berlin-Brandenburg am kommenden Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. März, ein großes republikanisches Volksfest. Die Veranstaltung findet in sämtlichen Räumen der neuen Autobahn am Kaiserdamm statt. Eine große

Tanzfläche wird hergerichtet, mehrere Kapellen spielen und besondere Attraktionen sorgen für Unterhaltung. Um weitesten Kreisen der republikanischen Bevölkerung den Besuch dieses Volksfestes zu ermöglichen, ist der Preis einschließlich Steuer auf 60 Pf. festgesetzt.

## Die Wünsche der Polizeibeamten.

### Zur Regelung ihrer Laufbahn und ihrer Befoldung.

Die Arbeitsgemeinschaft preussischer Polizeibeamtenverbände, bestehend aus dem Verband preussischer Polizeibeamten und dem Bund staatlicher Verwaltungsbeamten Preußens, veranstaltete am Montag in Berlin einen parlamentarischen Abend zur Erörterung der Frage, wie die Laufbahn und die Befoldung der Polizeibeamten geregelt werden soll. Abgeordnete aus allen Fraktionen des preussischen Landtags und Vertreter vom preussischen Ministerium des Innern und vom Berliner Polizeipräsidium waren gekommen, um die Wünsche der Polizeibeamten zu hören.

Schrader, der Vorsitzende des Verbandes und der Arbeitsgemeinschaft, trug diese Wünsche in längeren Ausführungen vor. Er erkannte an, daß in den letzten Jahren eine Besserung erreicht worden sei. Doch fehle noch sehr viel zur Erfüllung auch nur des Mindestmaßes, das gefordert werden müsse. In der Zeit vor dem Kriege sei der Polizeibeamte wahrlich nicht gut bezahlt worden, aber nach dem Kriege habe seine Lage sich noch wesentlich verschlechtert. Die Polizeibeamten fordern jetzt eine Regelung, die nach der Ausbildungszeit ihnen beim Uebergang in den selbständigen Straßendienst das Gehalt der Gruppe V gewährt und später den Uebergang in den besonderen Verwaltungsdienst ermöglicht. Diese Gehaltsregelung beansprucht erhebliche Mittel, etwa 30 Millionen Mark mehr, aber sie können beschafft werden, wenn die Laufbahn aller Polizeibeamten zur Einheitslaufbahn durchgebildet wird, so daß die Versorgungsanwärter wegfallen. Eine Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft weist nach, daß bei Beseitigung des Versorgungsanwärterdienstes sogar jährlich 60 Millionen Mark an den Ausgaben des Polizeiwesens gespart werden könnten, so daß nach Abzug der bei der Befoldungsregelung entstehenden 30 Millionen Mark Mehrausgabe immer noch 30 Millionen Mark Ersparnis blieben. Das Versorgungswesen ist auch bedenklich, weil es bei Abfindung mit Kapital oft Enttäuschungen bringt und den im Dienst stehenden Leuten in Erwartung eines ähnlichen Schicksals die Berufstreue mindert. Auf eine zweijährige Ausbildung in der Polizeischule und eine dreijährige Beschäftigung als Diönar in der Bereitschaft soll nach Bestehen der Prüfung der Einzeldienst im Revier folgen, und aus ihm soll dann der Beamte auch zur Kriminalpolizei, zur inneren Verwaltung, zur Landjägerei, zur kommunalen Polizei übergehen können. So wird die Laufbahn des Polizeibeamten als Einheitslaufbahn gestaltet, die ihm mehr Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Damit steigert sich auch der Anreiz, diesen Beruf zu wählen und dem Polizeikorps wird der erforderliche Nachwuchs gesichert. Auch bei der uniformierten Polizei ist ein anderer Aufstieg in die Stellen der Offiziere nötig, eine Regelung, die auch dem ehemaligen Volksschüler nach Besuch der Ausbildungsschulen die Laufbahn des Offiziers freimacht. Schrader schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß diese Wünsche der Polizeibeamten bei dem preussischen Landtag hinreichende Beachtung finden werden.

Die anwesenden Abgeordneten aller Fraktionen sicherten durch eine gemeinsame Erklärung die weitestmögliche Erfüllung der vorgetragenen Wünsche zu. Ministerialdirektor Abegg vom Ministerium des Innern schloß sich mit der gleichen Zusicherung an, wies aber darauf hin, daß dem Ministerium durch andere Ministerien (z. B. durch das Finanzministerium) und auch durch die alliierten Mächte manche Schranken gezogen seien. Er betonte die Einheit der Polizei, die Zusammengehörigkeit von Vollzugsdienst und Verwaltungsdienst. Das Polizeibeamtengesetz werde die Notwendigkeit dieser Forderung berücksichtigen müssen. Zu erstreben sei, daß der Polizeibeamte beim Eintritt in seinen Beruf ihn als Lebensberuf ansehen kann. Abegg behauptete auch die Frage der Stellungnahme des Polizeibeamten zu den politischen Parteien. Lebhaften Beifall fand seine Erklärung, daß der Polizeibeamte sich mit aller Entschiedenheit auf den Boden der Republik stellen soll. — Unter den Teilnehmern dieses parlamentarischen Abends war auch der stellvertretende Polizeipräsident Dr. Friedensburg.

## Ein demokratisch-republikanischer Deutschnationaler.

Das Aufblühen der deutschnationalen Terrorgruppe in Wannsee infolge der Verurteilungen bei der Krankentasse dortselbst geben den Nichtbeteiligten immer mehr Rätsel zu lösen auf. Es klingt fast ungläublich, wenn man hört, daß der erste Vorhänger der Deutschnationalen Partei in Wannsee, Studienrat Dr. phil. Wilhelm Beech, den ernsthaften Versuch gemacht hat, Berichterstatter der „Boskischen Zeitung“ zu werden. Glaubt dieser wertwürdige Berichterstatter, es werde nicht an die Deffentlichkeit kommen, wenn er an der demokratischen Presse mitarbeitet, auf die er selbst vor noch gar nicht langer Zeit wütend geschimpft hat? Vor nicht allzulanger Zeit noch war Dr. Beech der intime Freund des früheren Geschäftsführers der Ortskrankenkasse in Wannsee, Schmutz. Seit den Verurteilungen in der Krankentasse ist die Freundschaft in die Brüche gegangen. Beschuldigungen fliegen hin und her und werden durch die Presse verbreitet. Wie nun, wenn Dr. Beech die ihm nebstehende Rechtspreffe für die Rechtfertigungsversuche des Schmutz hat sperren lassen, und wenn er, der Deutschnationale, es gleichzeitig versucht hat, die schamlose demokratische Presse nach seinem Willen zu beeinflussen? Man ersieht hieraus, daß einem Deutschnationalen jedes Mittel recht ist, wenn er nur zum Ziele kommt. Hoffentlich genügt dieser Hinweis.

Deffentliche Kundgebungen für die entschuldigungslose Entseignung der Fürsten heute, Dienstag abend 7½ Uhr, in den Parusallien, Müllerstraße 142, Redner: Schiller-Göttingen, M. d. R.; im Hofmannmünder Gesellschaftshaus, Redner: Stadtverordneter Adolf Hoffmann; in der Schulaula, Grünhaldler Straße 5, Redner: Siegfried Kuhhäuser, M. d. R.

Koniamgenossenschaft Berlin. Dienstag, den 2. März, abends 7 Uhr: Sitzung der Beauftragten in Abgabestelle Dreißundstr. 5. Heiler willkommen.

## Grauenhafte Tat eines Bäckermeisters.

### Die Ehefrau und drei Kinder erschlagen.

Jena, 2 März. (Eigener Drahtbericht.) Im benachbarten Jiegenhain hat in der vergangenen Nacht der dort seit einigen Tagen wohnhafte 29jährige Bäckermeister Waller seine gleichaltrige Frau, und seine drei Kinder im Alter von 3, 5 und 9 Jahren mit einem Stemmeisen erschlagen. Der Tod ist bei der Frau und den beiden jüngsten Mädchen infolge Zertrümmerung der Schädeldecke sofort eingetreten, während der neunjährige Knabe in hoffnungslosen Zustande in das Krankenhaus übergeführt wurde, wo er heute vormittag seinen Verletzungen erliegen ist. Der Mörder hat nach der Tat das Haus verlassen. Man nimmt an, daß er in den benachbarten Wäldern den Tod gesucht hat. Das Motiv zu der grauenhaften Tat dürfte in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein, die dem Waller durch die Uebernahme einer eigenen Bäckerei entstanden sind.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

41. 100. Mittwoh, den 3. März abends 8½ Uhr. Sammeln aller Mitglieder im Vereinsraum. Sämtliche Fahnen sind mitzubringen.  
60. 100. Schöneberg. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr: Funktionärskongress bei Schiller.  
100. 100. Schöneberg. Mittwoh, den 3. März, abends 7½ Uhr. Im Lokal von Borjmann. Unterbrechung wichtiger Mitgliederkonferenzen. Tagesordnung: Vorbereitung und Einleitung der Arbeiten für das Volksbegehren. Kassaablauf folgen.

